

## Hintergrund & Debatte



Was bleibt vom traditionellen Frankreich? Beide Präsidentschaftskandidaten versprechen einen radikalen Bruch - und drohen zu scheitern. Foto: Alamy

# Gesucht: Retter der Nation

Wirtschaftskrise, Überdross, ungewisse Mehrheiten: Wer morgen die französische Präsidentschaftswahl gewinnt, ist nicht zu beneiden. *Von Sandro Benini*

Wie schwierig die Aufgabe für Frankreichs künftige Präsidentin oder künftigen Präsidenten ist, zeigt eine jüngst veröffentlichte Umfrage des deutschen Instituts für Demoskopie Allensbach. 75 Prozent der Franzosen beurteilen die ökonomische Lage ihres Landes als schlecht, und ebenso hoch ist der Prozentsatz jener, welche die Zukunftsaussichten der jüngeren Generation pessimistisch einschätzen. Das Vertrauen in das politische System ist auf 15 Prozent gesunken, an seine Stabilität glaubt nur jeder Vierte.

Dass sich Frankreich obsessiv mit der eigenen Malaise beschäftigt, dass kollektives Hadern und Nörgeln zu den französischen Nationaleigenen gehören, ist zwar längst zum Klischee verkommen. Aber diesmal steckt hinter dem Unmut mehr als ritualisiertes Klagen. Sonst hätten im ersten Wahlgang am 23. April nicht mehr als 40 Prozent für die Rechtsnationale Marine Le Pen oder den Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon gestimmt - zwei Kandidaten, die bei allen ideologischen Gegensätzen eines verbindet: der Wille, einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden zu vollziehen, im Zeichen von Renationalisierung, Antikapitalismus, Protektionismus und Feindschaft gegenüber der EU.

Sollte Marine Le Pen die morgige Wahl entgegen allen Meinungsumfragen gewinnen, würden die meisten ihrer Pläne, ähnlich wie die Versprechen ihres Gesinnungsgenossen Donald Trump, an der Realität zerschellen. Sie hätte einen grossen Teil der Bevölkerung gegen sich, sie bekäme bei den Parlamentswahlen im Juni höchstwahrscheinlich keine Mehrheit, und für die leichtfertig versprochenen sozialstaatlichen Segnungen fehlt das Geld. Obwohl das französische Präsidentsystem dem Staatsoberhaupt eine grosse Machtfülle einräumt, würden sozialer Widerstand und institutionelle Hindernisse auf nationaler und internationaler Ebene die Kandidatin des Front National ausbremsen.

Die Gefahren, die von Le Pen als Präsidentin ausgehen, liegen für Frankreich und Europa nicht so sehr in ihrem Programm als vielmehr in der politischen Instabilität, dem Chaos, dem Durchwursteln und der Enttäuschung ihrer Anhänger, die das unvermeidliche Scheitern dieses Programms provozieren würden.

Der Favorit für die morgige Wahl ist Emmanuel Macron. Er verdankt seinen Erfolg dem

Umstand, dass die bisher staatstragenden Parteien, die Sozialisten und die Republikaner, im ersten Wahlgang mit ziemlich radikalen Kandidaten angetreten sind und die Sozialistische Partei nach der missglückten Amtszeit des abtretenden Präsidenten François Hollande im Elend versinkt. Damit öffnet sich dem 39-Jährigen ein breites Feld in der politischen Mitte.

Diese günstige Ausgangslage verbessert er durch ein politisches Programm, das zwar Strukturreformen ankündigt, aber keine exzessiven sozialen Grausamkeiten androht. Vor allem aber gelingt es Macron, den weit verbreiteten Überdross gegen die Elite zu nutzen, obwohl ihn Herkunft und Werdegang als klassischen Zögling genau dieser Elite erscheinen lassen.

### Revolution ohne rollende Köpfe

Mehrere Faktoren machen die Macron-Maskerade möglich: sein jugendliches Alter; die Tatsache, dass sich der ehemalige Wirtschaftsminister rechtzeitig von Hollande distanziert hat; der Enthusiasmus seiner Bewegung En Marche; die kurze, den Reiz des Neuen verleihende Zeit, seit der er sich auf der politischen Bühne bewegt.

Macron steht zugleich für Kontinuität und für die Erneuerung des politischen Systems. Er steht für eine Revolution («Révolution») ist auch der Titel seiner programmatischen Autobiografie) ohne Tränen und rollende Köpfe. Er weckt die Hoffnung, dass alles besser werde, ohne dass sich alles verändern muss. Macron verspricht, den Gegensatz zwischen links und rechts zu

## Für viele Wähler ist Macron bloss das kleinere Übel.



**Sandro Benini**  
Co-Ressortleiter International

überwinden. Das ist ein guter, wenn auch nicht besonders origineller Spruch für einen Mitte-Politiker, zumal die ideologische Frontlinie nicht nur in Frankreich immer deutlicher zwischen Verteidigern der Offenheit und Anhängern der Abschottung verläuft, quer durch die bisherigen Lager von links und rechts. Mutig ist angesichts der in Frankreich verbreiteten EU-Skepsis die Entschiedenheit, mit der er Europa verteidigt.

Für viele Wähler ist Macron aber bloss das kleinere Übel. Er hätte den Einzug in den Präsidentenpalast in erster Linie dem Anti-Le-Pen-Effekt zu verdanken. Es ist unwahrscheinlich, dass seine Bewegung bei den Parlamentswahlen im Juni eine Mehrheit erzielt, was ihn zu Koalitionen und Kompromissen zwingen würde.

Obwohl er als linksliberal gilt, enthält sein politisches Programm Strukturreformen, die schmerzhaft wären - etwa den geplanten Abbau von 120 000 Staatsstellen, Einsparungen bei den Ausgaben der öffentlichen Hand, Lockerungen beim Arbeitsrecht. Solche Massnahmen stossen in Frankreich auf heftigen sozialen Widerstand. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dies werde unter Macron anders sein.

Was Frankreich eigentlich brauchen würde, ist ein grosser nationaler Schulterchluss. Nötig wäre eine Parteien, Klassen und Interessengruppen übergreifende Verständigung darüber, welche Richtung das Land einschlagen soll. Stattdessen gibt es sich einem Mythos hin, der in seiner Geschichte verankert ist und durch das Präsidentsystem noch gefestigt wird: dem Mythos der herausragenden Figur, die kraft ihrer Persönlichkeit die Nation rettet.

Die Zeiten sind schlecht für diese Erzählung, besonders in einem sozial und politisch so zerklüfteten Land wie Frankreich. Barack Obama war bei seinem Amtsantritt von einem ähnlichen Nimbus umgeben und ist gemessen an den damaligen Hoffnungen gescheitert. Erzielt Macron nach seinem vorhersehbaren Sieg nicht sehr schnell Erfolge, droht ihm ein Einbruch an Popularität und Vertrauen, der laut der linken Zeitung «Libération» «heftig und destabilisierend» wäre. Wird Emmanuel Macron morgen französischer Präsident, wartet eine Aufgabe auf ihn, die bei nüchterner Betrachtung nahezu unlösbar erscheint. Doch falls er scheitert, droht Marine Le Pens Sieg in fünf Jahren.

**Gastbeitrag** Medizinprofessor *Johann Steurer* über die wahren Ursachen des Ärztemangels.

## Ärzte brauchen mehr Prestige

In der Schweiz werden zu wenig Mediziner ausgebildet. Ohne Tausende Mediziner aus dem Ausland wäre die Krankenversorgung in der Schweiz nicht aufrechtzuerhalten. Etwa ein Drittel aller Ärzte in der Facharzttausbildung - sie erledigen einen Grossteil der medizinischen Arbeit in den Spitälern - wurde im Ausland rekrutiert. Das wird in den kommenden Jahren so weitergehen müssen, aber auch immer schwieriger werden, da sich die Arbeitsbedingungen für Mediziner in den umliegenden Ländern verbessert haben.

Um den Mangel an einheimischen Mediziner zu beheben, empfiehlt der Bundesrat vor einem Jahr, die Zahl der Absolventen eines Medizinstudiums bis 2025 um etwa 30 Prozent zu erhöhen. Zurzeit gibt es viermal mehr Bewerber für das Studium als Studienplätze. Die Anschubfinanzierung des Bundesrates von 100 Millionen Franken löste Bewegung im Ausbildungssystem aus. Die bestehenden Universitäten erhöhen ab Herbst 2017 die Studierendenzahl, und neu beteiligen sich auch die Universitäten in St. Gallen, Luzern und Lugano sowie die ETH an der Ausbildung.

Die 100 Millionen Franken des Bundes werden nicht weit reichen. Sowohl dem Bundesrat als auch den Kantonen, die für die Finanzierung der Ausbildung verantwortlich sind, ist klar, dass diese Anschubfinanzierung nicht reichen wird, um den Mangel an Ärzten, besonders den von Hausärzten, zu beheben.

### Vorbild Deutschland?

Eine Steigerung der Studierendenzahlen führt nicht automatisch zu einer Zunahme an Hausärzten, und wenn, dann erst in mehr als zehn Jahren, da die Aus- und Weiterbildung so lange dauert. Die Ankündigungen der beteiligten Universitäten, mehr Hausärzte ausbilden zu wollen, waren daher vielleicht politisch opportun, um einen Teil der 100 Millionen Franken zugesprochen zu bekommen, aber die Erhöhung der Studienplätze allein wird die Zahl der Hausärzte sicher nicht erhöhen. Allenfalls könnte man eine Erhöhung mit Massnahmen erreichen, wie sie in Deutschland diskutiert werden. Dort erhalten einige Bewerber einen Studienplatz, ohne dass sie die Anforderungen des Numerus clausus erfüllen, sofern sie sich verpflichten, nach dem Studium zehn Jahre als Landarzt zu arbeiten.

Der Mangel an Hausärzten ist kein bildungspolitisches Problem. Das Problem ist die schwindende Attraktivität des Berufs. Das Prestige der Hausärzte ist gesunken. Sie werden für viele medizinische Probleme nicht mehr als genügend kompetent eingeschätzt. Patienten mit Knie- oder Brustschmerzen gehen, ohne vorher einen Hausarzt zu konsultieren, direkt zum Facharzt. Dem Hausarzt bleibt dann noch die Aufgabe, Arbeitsunfähigkeitszeugnisse auszustellen und lästige Fragen der Krankenkassen zu beantworten.

Ein weiterer Punkt der schwindenden Attraktivität ist finanzieller Natur. Das Einkommen ist zwar, verglichen mit vielen nicht medizinischen Akademikerberufen, nicht schlecht. Als störend, ja frustrierend wird jedoch von vielen Hausärzten der Unterschied der Einkommen im Vergleich zu dem der meisten Spezialärzte empfunden. Deren mittleres Einkommen liegt in der Regel um mehr als ein Drittel höher als das der Hausärzte, in manchen Spezialfächern erreicht es mehr als das Doppelte des Hausärzteinkommens.

Die Vorstellung, man könne mit einer Erhöhung der Studierendenzahlen den Mangel an Hausärzten beheben, ist bestenfalls Wunschenken. Wenn man die Hausarztmedizin stärken will, was man mit Blick auf eine kompetente Grundversorgung und die Bezahlbarkeit des Gesundheitssystems unbedingt tun sollte, muss man die Anreize verbessern. Davon ist bisher wenig zu hören. Mit der Erhöhung der Studierendenzahlen allein ist es aber sicher nicht getan.



**Johann Steurer**  
Professor an der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich sowie deren Delegierter für das Bildungsnetzwerk Humanmedizin